

„FREMD- UND VIELTUN“.

## ZUR BEDEUTUNG VON FORMEN DER NICHT-IDENTITÄT FÜR DIE DEMOKRATIE

An der durch den Schweizerischen Nationalfonds geförderten Professur in Philosophie an der Universität Luzern von Frau Prof. Dr. Christine Abbt wird innerhalb des europäischen Kontexts in Antike, Aufklärung, im 20. Jahrhundert und in der Gegenwart sowohl historisch als auch systematisch nach der Bedeutung von Formen der Nicht-Identität für die Demokratie gefragt. Die Untersuchung folgt dabei einer bis vor kurzem weitgehend übersehenen demokratiethoretischen Spur, die von den Anfängen der Demokratie bis in die Gegenwart reicht und einen grundlegenden Zusammenhang zwischen einer unbestimmten, frei gestaltbaren Identität und der Herausbildung demokratischer Ordnungen anzeigt.

Im 5. Jh. v. Chr. wurde in Athen das demokratische Subjekt als ein „fremd- und vieltuerisches“ begriffen und zwar, wie wir darlegen konnten, sowohl von den Gegnern der Demokratie als auch von ihren Verteidigern. Das heisst, der Demokrat begriff sich damals grundlegend als frei und wandelbar und widersprach seinem Selbstverständnis nach jeder eindeutigen Festschreibung seiner Identität. Er forderte zudem dezidiert, diesem neuen Selbstverständnis auch in der Ausgestaltung der politischen Ordnung angemessen Ausdruck zu verleihen.

Der Streit über das demokratische Subjekt wurde in der Antike kontrovers zwischen den Gegnern, allen voran Platon, und den Verteidigern der Demokratie ausgetragen. Im 18. Jahrhundert wiederholte sich dieser Streit. Dieses Mal allerdings stritten die Verteidiger der Demokratie unter sich über das richtige demokratische Selbstverständnis: Der Aufklärer Jean-Jacques Rousseau etwa folgte dabei weitgehend der platonischen Argumentation – und prägt die Demokratiethorie damit bis heute erstaunlicherweise nachhaltig. Der Aufklärer Denis Diderot hingegen trat in die Fussspuren der antiken „Fremd- und Vieltuer“ und formulierte ein Demokratieverständnis, das erst in jüngster Zeit nachhaltige Aufmerksamkeit erfährt. Darin wird, wie wir in mehreren Publikationen aufzeigen und erläutern, dem Fremden und Nicht-Eigenen, dem Umgang mit Formen von Nicht-Identität, den Phänomenen des Paradoxen in vielfacher Hinsicht unverzichtbare Bedeutung für die Verwirklichung demokratischer Freiheit, Gleichheit und Solidarität zugesprochen.

Die Bedeutung von Formen der Nicht-Identität für die Demokratie wurde in Luzern bisher an Texten der Antike und der Aufklärung untersucht. Im vierten Jahr wird der Fokus jetzt auf ausgewählte Texte von Th. W. Adorno, B. Brecht, A. Camus und E. Jelinek ausgedehnt, in denen Nicht-Identität und Demokratie aufeinander bezogen und, in ganz unterschiedlicher Weise, als grundlegend für demokratische Ordnungen ausgewiesen werden. Im Weiteren wird es im Anschluss an und aufbauend auf die historisch-systematische Untersuchung darum gehen, allgemeine Merkmale einer *Theorie verbindlicher Pluralität* zu begründen und zu überprüfen. In einem ersten Schritt wird die Anerkennung universaler Unbestimmtheit und Nicht-Identität als konstitutiv für demokratische Ordnungen argumentativ ausgearbeitet. In einem zweiten Schritt sollen die Problematiken von politischer Manipulation, Verstellung und Täuschung, die im Zusammenhang mit universaler Unbestimmtheit und nicht festgelegter Identität primär als Gefährdungen ins Feld geführt werden, vertieft analysiert und in eine Theorie verbindlicher Pluralität miteinbezogen werden können.